

**Vortrag von Bele Grau
Programmleiterin für Afghanistan
medica mondiale e.V.**



bei der

Tagung „Krieg und Frieden“

Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit

Wien am 28.09.2010

Interessenkonflikte: Frauenrechtsarbeit zwischen internationaler Militärpolitik und lokalen Machtkämpfen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte Ihnen heute abend mit meinem Vortrag zeigen, warum zivil-militärische Zusammenarbeit und das Konzept der Vernetzten Sicherheit mit Frauenrechtsarbeit in Afghanistan, wie wir sie verstehen, nicht vereinbar sind.

Es sind hauptsächlich zwei Gründe, aus denen wir das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit und der Vernetzten Sicherheit kritisieren:

1. Die internationale Gemeinschaft, und besonders die truppenstellenden Regierungen wie die Bundesrepublik Deutschland, verfolgen andere Ziele als zivilgesellschaftliche Nicht-Regierungsorganisationen.
2. Die Vermischung von zivilen und militärischen Aufgaben ist lebensgefährlich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen.

Außerdem möchte ich Ihnen darstellen, dass die Zivilgesellschaft in Afghanistan, besonders die Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen, die einzigen Akteure im heutigen Afghanistan sind, die eine Entwicklung in Richtung Frieden voranbringen können.

Den westlichen Regierungen geht es in erster Linie um Sicherheit für ihre eigenen Bürger, und um Macht- sowie wirtschaftspolitische Interessen. Zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen wie medica mondiale jedoch haben sich zum Ziel gesetzt, die afghanische Bevölkerung zu unterstützen, eine starke Zivilgesellschaft auf der Basis von

Menschenrechten und Demokratie aufzubauen, und so zu mehr Sicherheit für die afghanische Bevölkerung und zu einer Entwicklung zum Frieden beizutragen. *medica mondiale* unterstützt hier speziell die sich formierende afghanische Frauenbewegung.

Insofern können wir uns nicht den Konzepten und Strategien der jeweiligen Regierung unterordnen, da wir nicht am selben Strang ziehen.

Alle Akteure in Afghanistan, von den Taliban und anderen regierungsfeindlichen Gruppierungen, über die afghanische Regierung und das Parlament, denen diverse Kriegsverbrecher der letzten drei Jahrzehnte angehören, bis hin zur internationalen Gemeinschaft, verfolgen Interessen, die in vielen Fällen dem Aufbau eines demokratischen Landes, in dem Menschenrechte geachtet werden entgegenstehen.

Ich werde Ihnen zunächst unsere Arbeit in Afghanistan vorstellen im Spannungsfeld von Krieg und Unsicherheit, inmitten einer reaktionären frauenfeindlichen Gesellschaft und einem Staat im Aufbau, einem an vielen Stellen dysfunktionalen Staat.

Anschließend gehe ich auf die Strategien der Internationalen Gemeinschaft und den militärischen Einsatz, also ISAF und Operation Enduring Freedom ein, und zeige, an welchen Stellen diese aus unserer Sicht schädlich sind für eine friedliche Perspektive Afghanistans.

Ende Mai führte ich mit meinen afghanischen Kolleginnen in Kabul eine Gefährdungsanalyse durch: Sie sammelten Situationen, in denen sie sich im Arbeitsalltag bedroht fühlen, und wir diskutierten Möglichkeiten, um die jeweiligen Risiken zu vermindern. Die Liste, die am Ende zusammen kam, war lang. Sie reichte vom morgendlichen Stau und der Gefahr, zufällig von einem Selbstmordattentat oder einem Bombenanschlag betroffen zu sein, bis hin zu der Tatsache, dass es zunehmend gefährlich ist, sich in Afghanistan öffentlich für Frauen und ihre Rechte einzusetzen.

Neun Jahre nach dem 11. September und dem Beginn der Operation „Enduring Freedom“, die ihren Einsatz nicht nur mit der Jagd auf Terroristen, sondern **auch mit dem Kampf um Frauenrechte rechtfertigte**, ist die Lage von Mädchen und Frauen in Afghanistan nach wie vor katastrophal: 87 Prozent aller Frauen werden „regelmäßig geschlagen“, berichtet der Entwicklungsfond der Vereinten Nationen für Frauen. 80 Prozent aller Ehen werden unter Zwang geschlossen, die Hälfte der Ehefrauen ist bei der Heirat unter 16 Jahre alt. Dementsprechend hoch ist die Zahl der Risikoschwangerschaften und der Müttersterblichkeit.

Flüchtet eines dieser Mädchen vor ihrem sehr viel älteren Ehemann, kann es ihr sehr leicht passieren, dass sie ohne rechtmäßige Anklage im Gefängnis landet.

Vergewaltigungen sind laut eines Berichts der Vereinten Nationen „in allen Teilen des Landes eine Alltagserscheinung“. Vergewaltigten Frauen wird vorgeworfen, selbst daran schuld zu sein, weshalb sie das Verbrechen selten öffentlich machen oder gar anzeigen. Die Realität ist, dass Frauen ihre grundlegendsten Rechte verweigert werden, und dass sie weitere Gewalt riskieren, wenn sie sich an Polizei und Justiz wenden.

Die Zahl der Frauen, die als einzigen Ausweg aus ihrer verzweifelten Situation die Selbsttötung sehen, steigt. Wie das Institute for War and Peace Reporting meldet, ist allein in der Provinz Herat die Zahl der Suizide von Frauen innerhalb des Jahres 2009 um 50 Prozent gestiegen. Das Regionalkrankenhaus meldet für die letzten sechs Monate 85 Fälle von Selbstverbrennungen und Selbstvergiftungen.

All das zeigt uns: Sicherheit gibt es für Frauen und Mädchen in Afghanistan nicht – weder zuhause, noch im öffentlichen Raum.

Seit 2002 engagiert sich *medica mondiale* in Afghanistan.

Wir unterstützen Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, mit psychosozialer Beratung und Rechtshilfe, und kämpfen gleichzeitig auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene für eine langfristige strukturelle Veränderung im Geschlechterverhältnis. Unser Team in Kabul, Herat und Mazar-e Sharif besteht aus 70 afghanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ist auf dem Weg, eine eigenständige Frauenrechtsorganisation zu werden.

Wir gehen davon aus, dass Friede auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene entstehen muss, um dauerhaft zu sein. In den Familien und in der Nachbarschaft, im Parlament und der Justiz. Die immense Gewalt gegen Frauen und Mädchen und ihre strukturelle Benachteiligung sind unser Ansatzpunkt. Wir sind uns sicher, dass die afghanische Gesellschaft, wie jede andere auch, nur eine Chance auf Frieden hat, wenn Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern besteht.

Ich möchte Ihnen einige Eindrücke aus unserer Arbeit schildern, um Ihnen zu zeigen, in welchem Maß heute in Afghanistan ein Klima der Angst und der Straflosigkeit herrscht– dies hat sich in den letzten ein bis zwei Jahren massiv verstärkt.

Offensichtlich hat die Strategie der internationalen Gemeinschaft, die nach wie vor sehr auf die militärische Intervention fokussiert ist, dieser Entwicklung nichts entgegengesetzt, sondern sie sogar an vielen Stellen begünstigt.

medica mondiale bildet medizinisches Fachpersonal im afghanischen Gesundheitswesen zu den Themen ‚Gewalt gegen Frauen‘ und ‚traumasensible Behandlung‘ weiter. Im Mai führten afghanische Mitarbeiterinnen ein solches Seminar in einem Hotel in Herat durch. Die Teilnehmerinnen fühlten sich unwohl, weil von außen sichtbar war, dass sich dort mehrere

Frauen in einem Raum versammelten – ein sehr ungewöhnlicher Anblick. Das illustriert gut das Misstrauen, das allgegenwärtig und oft fast mit Händen zu greifen ist. ‚Zum Glück war keine internationale Trainerin bei uns‘, sagten sie mir später. Denn Ausländer und Ausländerinnen sind zusätzlich verdächtig, das Volk und besonders die Frauen aufzuwiegeln - so ist derzeit die Stimmung in Afghanistan.

Die Taliban machen sich diese Stimmung zu Nutze. Sie rufen immer wieder die afghanische Bevölkerung mit pseudo-religiöser Rhetorik dazu auf, nicht mit den westlichen ‚Ungläubigen‘ zu kooperieren, und bedrohen die Afghaninnen und Afghanen, die in internationalen Organisationen arbeiten. Sie treffen damit die Ressentiments der afghanischen Bevölkerung gegen die internationale Gemeinschaft, die so viel versprochen und so wenig gehalten hat.

In jeder Kriegs- und Nachkriegsgesellschaft steigt die häusliche Gewalt massiv an.

Das wissen wir aus unserer Arbeit in anderen Nachkriegsregionen, wie zum Beispiel in Bosnien und im Kosovo. Auch Untersuchungen belegen dies. Daher bieten wir in all unseren Projekten psychosoziale Beratung für Frauen an, einzeln und in Gruppen. In Afghanistan findet diese Beratung dezentral in verschiedenen Stadtteilen statt, in Frauenschutzhäusern, in Krankenhäusern und in Gefängnissen.

Doch diese Arbeit kann gefährlich werden für unsere Beraterinnen, wenn sich zum Beispiel wütende Ehemänner bei ihnen melden. Sie kommen nicht damit zurecht, dass ihre Frau allmählich Selbstvertrauen gewinnt und eine andere Rolle in der Familie einnehmen möchte. Eine unserer Beraterinnen musste dieses Jahr nach einer nicht enden wollenden Serie von telefonischen Bedrohungen mit ihrer gesamten Familie in einen anderen Stadtteil umziehen.

Ein weiterer Baustein unserer Arbeit ist die Rechtshilfe

Das Rechtssystem in Afghanistan ist kompliziert. Es gibt eine recht fortschrittliche Verfassung, die Frauen und Männer vor dem Gesetz gleichstellt. Die afghanische Regierung hat mehrere internationale Konventionen unterzeichnet, so zum Beispiel CEDAW, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Es gibt seit letztem Jahr sogar ein afghanisches Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Allerdings existieren parallel noch zwei weitere Rechtssysteme: Die Sharia, das islamische Recht, das in Afghanistan oft sehr frauenfeindlich ausgelegt und angewandt wird – und verschiedene traditionelle Rechtssprechungen, die von Ort zu Ort unterschiedlich sein können.

Auf dem Papier haben Frauen also gleiche Rechte, aber in der Praxis halten oder wissen viele Richter nichts davon und wenden, vor allem auf dem Land, lieber eine Mischung aus traditioneller

Rechtsprechung und Sharia an. **Also auch hier gilt: es gibt keine Sicherheit für Frauen, zu ihrem Recht zu kommen.**

Von einem bemerkenswerten Erfolg berichtete mir eine afghanische Kollegin, eine Strafverteidigerin, vor kurzem: Eine ihrer Mandantinnen war, nachdem sie vergewaltigt und zur Prostitution gezwungen worden war, wie üblich wegen Ehebruch angeklagt und im Untersuchungsgefängnis inhaftiert worden. Die Anwältin erreichte einen Freispruch; der Richter akzeptierte, dass es sich um Zwangsprostitution handelte. Ohne eine engagierte Verteidigung wäre diese Frau wie viele andere zu mehreren Jahren Haft verurteilt worden.

Wir wollen nicht nur einzelne Frauen konkret unterstützen, sondern auch langfristige Veränderungen in Politik und Gesellschaft erreichen.

Dazu sprechen unsere Mitarbeiterinnen mit Parlamentariern und Angehörigen der afghanischen Regierung. Wir waren maßgeblich an der Entstehung des Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen beteiligt, sowie an dem Entwurf eines neuen Familiengesetzes, das Frauen in wesentlichen Punkten besser stellen wird und jetzt dem Justizministerium vorliegt.

Hier vermissen wir das Engagement der internationalen Gemeinschaft, die sich seit einiger Zeit zurücklehnt mit der Einsicht, dass ‚Afghanistan nicht die Schweiz‘ ist, und die Afghanen jetzt selbst bestimmen müssen, wie viel Demokratie und Menschenrechte für sie angemessen ist. Sie übersieht dabei, dass es zivilgesellschaftliche Gruppen gibt, die energisch mehr davon fordern – jedoch von ihrer Regierung ignoriert werden.

Die afghanische Regierung ist keine Hilfe im Kampf um den immer enger werdenden Raum für Menschenrechtsaktivisten: Sie ist hauptsächlich damit beschäftigt, ihre Macht zu erhalten und auszubauen. Dazu werden politische Allianzen geschmiedet unter Missachtung jeglicher inhaltlicher Prinzipien. Auch die internationale Gemeinschaft hat seit 2001 zwar immer auch Menschen- und insbesondere Frauenrechte angeführt, um ihre Intervention und das weitere Engagement in Afghanistan zu legitimieren, jedoch sehr wenig dafür getan, sie tatsächlich zu fördern.

Was sind nun die politischen Ziele der internationalen Afghanistan-Politik?

Das Afghanistan-Konzept der deutschen Bundesregierung benennt es folgendermaßen: „Das Ziel unserer Anstrengungen ist mehr Sicherheit für Deutschland durch die langfristige Stabilisierung Afghanistans“. So sagte auch die deutsche Kanzlerin im Januar in ihrer Regierungserklärung vor der Afghanistan-Konferenz in London: „Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des internationalen NATO-Einsatzes war und ist in dringendem Interesse der Sicherheit unseres Landes.“ Der Bundesregierung geht es in erster Linie um Sicherheitspolitik, und zwar um die

Sicherheit des eigenen Landes; und dies ist das Ziel, auf das zivile und militärische Anstrengungen gemeinsam hinarbeiten sollen.

Seit einigen Monaten macht die so genannte ‚Afghanistan-Fazilität‘ des deutschen Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von sich reden. Sie stellt einen Paradigmenwechsel in der deutschen Entwicklungspolitik dar, denn zum ersten Mal wird die Vergabe von Mitteln an Nichtregierungsorganisationen mit politischen Vorgaben verknüpft: Die Projekte sollen in Einklang mit dem Afghanistan- Konzept der Bundesregierung stehen und sich dem Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ unterordnen.

‚Vernetzte Sicherheit‘ bedeutet laut Bundesregierung die „Koordination politischer, ökonomischer, entwicklungspolitischer sowie weiterer ziviler und militärischer Kräfte, um sicherheitspolitische Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen“.

Zudem sollen Projekte nur im Norden Afghanistans gefördert werden, in der Region, für die Deutschland die militärische Verantwortung übernommen hat.

medica mondiale hat gemeinsam mit anderen NGOs deutlich gemacht, dass wir dieses Geld nicht wollen – wir lassen uns nicht instrumentalisieren.

Was ist denn eigentlich schädlich an der militärischen Strategie?

Es wird immer klarer, dass dieser Krieg militärisch nicht gewonnen werden kann – es müssen politische Lösungen her. Obwohl diese Einsicht nun mittlerweile sehr oft zu hören ist, geht der Krieg weiter, und es fließen mit Abstand die meisten Mittel in die militärischen Strukturen.

Einige Aspekte der Kriegsführung sind besonders schädlich:

Zu nennen wären hier zum Einen die Ignoranz der Operation Enduring Freedom, die über Jahre im Süden des Landes durch Luftangriffe auf Dörfer und nächtliche Überfälle auf Häuser, in denen Aufständische vermutet wurden, Tausende von Menschen in die Arme der Taliban trieben. Diese Strategie wurde 2009 viel zu spät geändert.

Auch Militäroperationen, die diesen Aspekt versuchen zu berücksichtigen, können sich nicht gänzlich davon frei machen und schlagen fehl. Ein prominentes Beispiel ist die ‚Operation Moshtarak‘ Anfang diesen Jahres in Marjah in der Provinz Helmand. ‚Moshtarak‘ ist Dari und bedeutet ‚gemeinsam‘. Afghanische und internationale Truppen sollten diese Operation Hand in Hand durchführen. Sie sollte ein Testlauf sein für einen weit größeren und angeblich entscheidenden Militärschlag in Kandahar.

In Marjah wurde zunächst zwar die Taliban-Verwaltung vertrieben und eine Verwaltung der Regierung installiert. Doch viele Familien haben seither ihr Dorf verlassen, weil die neue Regierung noch korrupter und willkürlicher agiert als die Taliban vorher – und die Taliban sind als Schattenregierung längst zurück gekehrt.

Auch wir kämpfen gegen die Taliban – allerdings gegen die Taliban in den Köpfen der Menschen, wie es vor kurzem eine afghanische Frauenrechtsaktivistin ausdrückte. Es macht keinen Sinn, die Taliban militärisch zu bekämpfen, wenn aus jedem Militärschlag, bei dem zehn Taliban-Kämpfer getötet werden, fünfzig neue entstehen, aus Empörung über zivile Tote, zerstörte Felder und verminte Wege.

Ein weiteres großes Problem der militärischen Strategie ist die Idee, mit zivilem Aufbau durch Soldaten die Herzen und Köpfe der Afghanen zu gewinnen.

Sogenannte ‚provincial reconstruction teams‘ der ISAF Truppen bauen Mädchenschulen und stabilisieren Brücken – um die Bevölkerung für die militärische Intervention zu gewinnen. Dies mag an bestimmten Orten auch vorübergehend gelungen sein.

Im Großen und Ganzen schlug diese Strategie allerdings fehl, was man am früher ruhigen Norden Afghanistans beobachten kann. Seit einigen Monaten ist beispielsweise die Provinz Kunduz durch infiltrierte Taliban aus dem Süden zu einem höchst gefährlichen Unruheherd geworden, und die früher beliebten deutschen Truppen werden regelmäßig angegriffen.

Die Verwischung der Grenzen zwischen militärischem Mandat und zivilen Aufgaben ist nicht nur nutzlos, sondern für MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen extrem gefährlich. Die internationalen und afghanischen Streitkräfte sind neben der afghanischen Regierung das oberste Ziel von Anschlägen der Taliban und anderer regierungsfeindlicher Gruppen. Unsere Fahrer haben die strikte Anweisung, sofort abzubiegen oder umzudrehen, wenn ein Militärkonvoi auf der Straße auftaucht. Eine Nähe zu militärischen Strukturen würde eine zusätzliche und unmittelbare Gefährdung unserer Mitarbeiterinnen bedeuten.

Auch wir wollen Sicherheit – die Frage ist nur, für wen, und auf welchem Wege?

Auch unsere Projekte streben ein Mehr an Sicherheit an – allerdings nicht in erster Linie für die Bürger und Bürgerinnen in Europa, sondern für die afghanische Bevölkerung, insbesondere die afghanischen Frauen. Es geht hier um Sicherheit und Schutz vor häuslicher Gewalt, vor Willkür im Justizsystem und darum, dass Frauen die Möglichkeit haben, an Friedensverhandlungen und an politischen Entscheidungen mitzuwirken.

Die Zivilgesellschaft muss eine unabhängige Akteurin sein, unabhängig von Regierung, Militär und anderen Gruppen, die jeweils eigene Interessen vertreten und eigene Ziele verfolgen. In Afghanistan ist die Zivilgesellschaft zwar noch schwach, doch es entstehen Netzwerke und Gruppierungen, die für Menschenrechte und Demokratie kämpfen. Auch eine afghanische Frauenbewegung formiert sich. Diese Kräfte brauchen unsere Unterstützung, und es ist wichtig,

dass wir sie als eigenständige Akteurinnen sehen und unterstützen – als starkes Gegenüber der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft.

Vielen Dank

medica mondiale setzt sich seit 1993 ein für traumatisierte Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten. Dabei versteht sich die Organisation als Anwältin für die Rechte und Interessen von Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt überlebt haben. Neben gynäkologischer Versorgung, psychosozialer und rechtlicher Unterstützung bietet *medica mondiale* Programme zur Existenzsicherung und leistet politische Menschenrechtsarbeit. Monika Hauser, Gründerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied von *medica mondiale*, erhielt 2008 den Right Livelihood Award, auch bekannt als Alternativer Nobelpreis, für Ihr Engagement.